

Tiergartenzeitung No. 12, vom April 2016, S. 6/7

### ***Endloser Kampf des Menschen gegen ungebetene Gäste in der Natur***

Sie heißen Chinesische Muntjaks, stammen aus tropischen Wäldern in Asien und leben doch zu Hunderttausenden auf der britischen Insel. Der Herzog von Bedford hat bereits im 19. Jahrhundert einige der kleinen Hirsche als Kuriosität mitgebracht, recht erfolgreich gezüchtet und ausgewildert. Den tropischen Muntjaks muss das britische Klima gut bekommen sein. Bereits 2004 wurden 128.000 Tiere gezählt und in acht Jahren hat sich der Bestand nochmals verdoppelt. Das führt zu mehreren Zehntausend Verkehrsunfällen im Jahr und hat regional die einheimischen Rehe verdrängt. Diese Probleme sind allerdings auf Großbritannien beschränkt.

Auch auf dem europäischen Festland gibt es Beispiele solcher gebietsfremder Tierarten. Einer davon ist der Amerikanische Waschbär. In Ostdeutschland wird bereits von einer Waschbärenplage gesprochen, die die dort einheimische Tierwelt bedrohe. Invasive Tier- und Pflanzenarten können ganze Ökosysteme zerstören und gehören weltweit zu den wichtigsten Ursachen für das Artensterben.

Was wurde getan? Erstmals völkerrechtlich festgeschrieben wurde die Vorsorge, Kontrolle und Bekämpfung invasiver Arten als Ziel und Aufgabe des Naturschutzes im Übereinkommen über die biologische Vielfalt 1992 unter der Ägide der Vereinten Nationen. Doch bereits 1973 schaffte das Washingtoner Artenschutzabkommen, kurz CITES genannt, eine Rechtsgrundlage, um auch die Einfuhr von Arten, die eine ökologische Gefahr für einheimische Tier- und Pflanzenarten darstellen, zu beschränken. Im Jahr 2014 veröffentlichte der Europarat eine Strategie zum Umgang mit invasiven gebietsfremden Arten.

Doch eine Strategie verpflichtet die Beteiligten nicht zum Handeln, daher nahm sich das Europäische Parlament des Themas an. Am 1. Januar 2015 trat die entsprechende EU-Verordnung Nr. 1143/2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten in Kraft.

Die Politikerin Renate Sommer von der Fraktion der christdemokratischen Parteien im Europaparlament begleitete als Berichterstatterin maßgeblich diesen Gesetzgebungsprozess. Ihr zufolge war der Kern der Verordnung, die Aufgabe an die Kommission, „eine Liste invasiver Tier- und Pflanzenarten von europäischem Interesse zu erstellen.“ Gemeint ist das Auftreten einer Spezies in mindestens zwei EU-Staaten oder eine Art, die sich extrem schnell ausbreitet. Die Abgeordneten legten außerdem fest, dass dem Parlament für die Auswahl der Arten eine standardisierte Risikoabschätzung vorgelegt werden muss.

„Das“, so die Europaabgeordnete, „hat die Kommission nicht gemacht“. Tatsächlich hat die Kommission die Mitgliedsstaaten befragt, welche Arten dort als invasiv eingestuft werden. So kam es, dass 17 der 23 Tierarten in der angeforderten Liste der EU-Kommission, der sogenannten Unionsliste, eine Risikoanalyse aus England haben, etwa der Muntjak.

Für die promovierte Agraringenieurin Renate Sommer hat „die britische Insel nur sehr wenig mit dem europäischen Festland zu tun, was die Ausbreitung von Pflanzen und Tieren betrifft.“ Hingegen wurden „viele der problematischen invasiven gebietsfremden Arten nicht in die Liste aufgenommen“ kritisiert der Ausschuss für Umweltfragen des europäischen Parlaments die Unionsliste in seinem Entschließungsantrag vom 9. Dezember 2015.

Es ist für Beobachter offensichtlich, dass von Seiten einiger Mitgliedstaaten politischer Druck ausgeübt wurde, um die Aufnahme von Arten in die Liste zu verhindern. Renate Sommer schlussfolgert: „Es kann nicht sein, dass auf der Grundlage nationaler Risikoanalysen, von denen die meisten aus Großbritannien kommen, eine Liste beschlossen wird, die europaweit gilt. Das ist ein willkürliches Verfahren“.

In der von Renate Sommer und dem tschechischen Sozialdemokraten Pavel Poc, einem Biologen, formulierten Parlamentsantrag fordern sie die Kommission auf, die Unionsliste zurückzuziehen und nach Abschluss angemessener Risikobewertungen einen neuen Vorschlag vorzulegen. Allerdings ist das Votum der Parlamentarier hier für die Kommission nicht bindend.

Das Parlament konnte jedoch durchsetzen, dass die Unionsliste geändert oder erweitert werden kann. Ursprünglich wollte die Kommission eine geschlossene Liste mit genau 50 Arten – ohne die Zahl begründen zu können. Um diese mögliche Erweiterung fachlich breiter abzusichern, freuen sich die Parlamentarier auch über Unterstützung aus Zoos.

Für die wesentlichen europäischen Institutionen vom Europarat über die Kommission bis zum Parlament gelten Zoos in Europa auch als Institutionen zum Erhalt der Artenvielfalt. In der europäischen Zoorichtlinie wurde bereits 1999 festgehalten, dass der Schutz wilder Tiere und deren Erhalt, durch eine stärkere Rolle der Zoos beim Erhalt der Biodiversität befördert werden kann. Umso verblüffter waren die europäischen Zoos, als sie in der EU-Verordnung zu invasiven Arten ein Haltungsverbot von auch in Zoos gehaltenen Tierarten wie den Waschbären entdeckten. Zumal dieses Verbot bislang die einzige Maßnahme zur Verhinderung invasiver Arten ist. Eine Reduktion durch Ausrottung wird bislang nicht diskutiert.

Gemäß der Interpretation von Renate Sommer hat das Europäische Parlament aber „in den Verhandlungen mit dem Ministerrat durchgesetzt, dass es für Tiere, die in Zoos gehalten werden, Ausnahmeregelungen gibt.“ Nach Artikel 8 müssen die Mitgliedstaaten ein Genehmigungssystem errichten, „das Einrichtungen die Durchführung von Forschung und Ex-situ-Erhaltungen an invasiven gebietsfremden Arten von unionsweiter Bedeutung gestattet.“ Um diese Genehmigung für Ex-situ- Einrichtungen wie eben Zoos zu erhalten, müssen bestimmte Bedingungen erfüllt werden wie etwa die Haltung dieser Arten unter Verschluss.

In der Regel werden Zootiere so gehalten, dass ein Ausbruch als unwahrscheinlich gelten muss. Sollte doch ein Tier entlaufen wie der Chinesische Muntjak aus dem Tiergarten

Nürnberg im letzten Jahr, wird es zumeist wieder eingefangen oder kann als einzelnes Tier selbst im unwahrscheinlichen Fall seines Überlebens keinen nachhaltigen Schaden im Reichswald anrichten.

**Text: Nicola A. Mögel**

### **Invasive Arten im Visier**

Die Beschäftigung mit dem Fremden, mit sogenannten Neobiota, „Aliens“, „Bioinvasoren“, „Exoten“, „eingeschleppten“ oder „nicht-heimischen“ Tier- und Pflanzenarten fällt in diesen Tagen nicht leicht. Besteht doch die Gefahr, dass ökologische Mechanismen ungeprüft auf das menschliche Zusammenleben übertragen werden. Besonders dort, wo die Kulturleistung der Humanität einer biologistischen Weltanschauung geopfert wird, die Mensch und Tier in einen Topf wirft.

Glücklicherweise erlaubt die Invasionsbiologie, also jene Wissenschaft, die sich mit der Ausbreitung von Arten befasst, einen differenzierten Blick auf die „Migranten“. Denn Einwanderung ist ein Wesensmerkmal der Evolution. Tiere, Pflanzen und Pilze, die ein bestimmtes Gebiet auf natürlichem Wege, also ohne Zutun des Menschen, besiedelt haben, bezeichnen wir als einheimisch oder indigen.

Gebietsfremde Arten, die vor dem Jahr 1492 - also vor der Entdeckung Amerikas – bewusst oder unbewusst „eingeführt“, bzw. „eingeschleppt“ wurden, nennt man Archäobiota. Dazu gehören in Deutschland die Hausmaus und der Fasan sowie Liguster, Esskastanie, Klatschmohn, Wermut, Beinwell, Apfel, Birne, Pflaume und knapp 250 andere Arten.

Von „neuen Lebewesen“ (Neobiota) spricht die Forschung, wenn sie nach 1492 unter Mitwirkung des Menschen in ein bestimmtes Gebiet gelangt sind. Invasionsbiologen schätzen, dass nur etwa jede zehnte Spezies über mehrere Generationen Fuß fassen kann (Zehner-Regel).

Nach Angaben des „World Wide Fund For Nature“ (WWF) haben sich in Deutschland über 600 Neophyten und mehr als 260 Neozoen etabliert. Die allermeisten nehmen kaum Einfluss auf die bestehenden Ökosysteme. Aber es gibt auch „invasive Arten“, die sich ungehemmt ausbreiten, weil sie sich z.B. schneller fortpflanzen als die ortsansässigen. Oder keine Feinde vorfinden, resistenter gegen Krankheiten sind, oder die vorhandenen Ressourcen besser nutzen.

Vorsicht ist besser als Nachsicht. Naturschützer warnen frühzeitig – doch Pflanzen auszureißen und Tiere abzuschießen, ist nicht sehr populär. Und dies, obwohl das „Übereinkommen über die biologische Vielfalt“ schon 1992 völkerrechtlich festgelegt hat (§ 8h), dass invasive Arten im Sinne des Naturschutzes kontrolliert und bekämpft werden sollen.

Doch die Politik kann sich meist erst dann zu Gegenmaßnahmen durchringen, wenn bereits ein wirtschaftlicher Schaden entstanden oder die menschliche Gesundheit bedroht ist. Die Europäische Umweltagentur (EEA, 2012) schätzt die jährlichen Kosten, die invasive Arten in der EU verursachen, auf mindestens 12 Milliarden Euro.

1905 wurde der Bisam, eine große Wühlmaus aus Nordamerika, in der Nähe von Prag zu Jagdzwecken ausgesetzt. Schon zehn Jahre später tauchten die ersten „Bisamratten“ am Regen in Bayern auf. Anfang der 1920er Jahre kam ihr Fell in Mode, die Tiere wurden massenhaft nach Europa importiert.

Als die Preise fielen, machten viele Pelzfarmen dicht und entließen die Wühlmäuse in die heimische Natur. Dort machten sie ihrem Namen alle Ehre. Zwar hält sich ihr ökologischer „Pfotenabdruck“ in Grenzen, doch der Schaden an Fischteichen, Dämmen und Deichen ist beträchtlich, so dass in Deutschland jährlich Millionenbeträge aufgewendet werden, um die Nager zu töten.

Eine ähnliche Migrationsgeschichte schrieb die Nutria oder Biberratte. Auch der Amerikanische Nerz, der im Verdacht steht, seine europäischen Verwandten zu verdrängen, zählt zu den „Gefangenschafts- Flüchtlingen“. Wohlmeinende Tierhalter und Aquarienfreunde sind sich oft nicht bewusst, was passieren kann, wenn sie überzählige Exoten in die „Freiheit“ entlassen.

Waschbär, Marderhund, Kanadagans, Halsbandsittich, Chinesische Wollhandkrabbe, Signalkrebs, Amerikanischer Ochsenfrosch, Spanische Wegschnecke und Schiffsbohrmuschel gehören zu den bekannten „Neubürgern“. Indisches Springkraut und Kanadische Goldrute färben die einheimische Flora um. Die Rosskastanien-Miniermotte stört die bayerische Biergartenidylle. Riesen-Bärenklau und Ambrosia machen regelmäßig Schlagzeilen, weil sie giftige Substanzen enthalten, die zu Allergien und Hautausschlägen führen.

Andere Migranten wecken dagegen nur das Interesse von Experten. Anfang der 1990er Jahre suchten Zoologen im Kühlwasser zweier Großkraftwerke am Oberrhein nach kleinen Krebsen und anderen Bodenbewohnern, die von der Strömung verfrachtet werden. Über zwei Drittel des Siebguts bestand aus gebietsfremden Arten, die den vormals „toten“ Fluss wiederbesiedelt hatten.

Vermutlich hat nichts so sehr zur Ausbreitung von „Aliens“ beigetragen wie das Schiff. Und nirgends können Neuankömmlinge solch große ökologische Schäden anrichten wie auf Inseln. Im Extremfall genügt ein einziges Individuum.

Traurige Berühmtheit hat Tibbles, die Katze von David Lyall, einem Leuchtturmwärter auf Stephans Island (Neuseeland), erlangt. Das Tier soll 1895 eine flugunfähige Sperlingsvogelart ausgerottet haben. Tibbles hatte in gewohnter Katzenmanier mehrere Exemplare nach Hause gebracht und so erst die wissenschaftliche Beschreibung von *Xenicus lyalli* ermöglicht.

Häufig treten die Neobiota allerdings in großer Zahl auf. Im Ballastwasser von Schiffen „wanderten“ die Larven der Zebra­muschel vom Schwarzen Meer nach Mitteleuropa und erreichten in den 1980er Jahren den Osten der USA. Mit ihren reißfesten Byssusfäden kleben sie an harten Unterlagen – von Holz, Steinen bis zu Muschelschalen – und können dabei Bewuchsdichten von bis zu 100.000 Tieren pro Quadratmeter erreichen. Die Schäden, die in den USA bisher an Booten, Wasserleitungen, Kraftwerken und der heimischen Fauna angerichtet wurden, belaufen sich auf Milliarden Dollar.

In Deutschland scheint sich der ökologische und ökonomische Schaden in Grenzen zu halten. Am Bodensee stieg die Zahl der überwinternden Tauchenten und Blässhühner zeitweise auf das Zehnfache, weil die Zebra­muschelbänke Nahrung im Überfluss boten. Vegetarische Kolbenenten wurden zu Fleischfressern.

Die Wirkung gebietsfremder Arten kann so unterschiedlich sein wie die Interessen derer, die sie dulden oder bekämpfen wollen. Daher sollte jeder Einzelfall geprüft und jede Gegenmaßnahme im gesellschaftlichen Konsens getroffen werden. Denn die Natur kennt keine Aliens. Ihr ist es egal, ob Tiere auf Treibholz oder Schiffen reisen. Die Verortung als heimisch oder fremd gründet einzig auf einem moralischen Imperativ, der den Einfluss des Menschen begrenzen und die „unberührte Natur“ bewahren möchte.

**Text: Mathias Orgeldinger**